

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 96 (2021)
Heft: 4

Artikel: Afghanistan : Gegenwart und Zukunft
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-977119>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Afghanistan – Gegenwart und Zukunft

«Ihr habt die Uhren – wir haben Zeit», dieses Motto der Taliban kursiert bereits seit 2006 in Afghanistan, als sich die Sicherheitslage nach der westlichen Intervention im Oktober 2001 dramatisch verschlechterte.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

«Wir müssen doch nur abwarten. Ihr seid irgendwann wieder weg und wir dann zurück.», war die Strategie der Taliban bezüglich der westlichen Staaten.

Die Taliban sind stark wie nie, nachdem sie 2001 und 2002 durch westliche Truppen aus Kabul vertrieben und ihr islamistisches Regime beendet worden war. Fast 20 Jahre nachdem die USA und ihre westlichen Verbündeten die Taliban entmachtet und vertrieben haben, sind sie zurück und kontrollieren inzwischen mehr als die Hälfte des Landes. 60 000 Kämpfer sollen die Taliban im Augenblick unter Waffen haben.

Aber nicht nur die Taliban sind wiedererstarkt, auch die Al Qaida und der von zahlreichen westlichen Medien und Politikwissenschaftlern «tot geglaubte» «Islamische Staat» konnten sich in Afghanistan halten und werden zukünftig massiv Einfluss auf die Zukunft des Landes ausüben. Damit ist auch das Minimalziel der westlichen Intervention in Afghanistan gescheitert, die «terroristische Bedrohung» zu neutralisieren.

Bilanz der Westlichen Intervention

Der Einsatz von US-Truppen in Afghanistan dauert mittlerweile länger als der Vietnamkrieg. Was 2001 und 2002 wie ein schneller militärischer Sieg aussah, wurde zum längsten militärischen Auslandseinsatz in der Geschichte der USA und der NATO. Angaben über genaue Zahlen getöteter Soldaten der westlichen Koalition sind schwer zu recherchieren, aber eine Auswertung verschiedener Quellen kommt zur Zahl von über 3750 getöteten

westlichen Koalitionssoldaten. Auch die finanziellen Kosten des Afghanistan-Krieges sind enorm.

Allein für die USA hatte das US-Congressional Budget Office die Kosten bis 2017 auf 2,4 Billionen Dollar geschätzt. Es gibt keine vergleichbaren Schätzungen für die anderen NATO-Verbündeten, aber man kann annehmen, dass sich die Gesamtkosten des Krieges bis zu einem endgültigen Abzug auf über vier Billionen US-Dollar summieren könnten. Das würde dem Doppelten des jährlichen Bruttoinlandsprodukts des gesamten afrikanischen Kontinents entsprechen.

Trotz enormer militärischer, technischer und finanzieller Überlegenheit und totaler Lufthoheit konnte die westliche Koalition die Taliban nie entscheidend besiegen. Auf dem Höhepunkt des Krieges standen ca. 180 000 Koalitions-Soldaten und Tausende private Sicherheitskräfte unter NATO-Kommando, während es wohl nie mehr als 60 000 Taliban-Kämpfer gab. Auch wurden die Taliban im Gegensatz zu den Mujahedin in den 1980er-Jahren von keiner Grossmacht unterstützt. Die Stärke der afghanischen Armee, Polizei und anderer Sicherheitskräfte wird auf 350 000 geschätzt.

In Afghanistan sind allein im Jahr 2020 fast 380 000 Menschen innerhalb des Landes vor Kämpfen und Gefechten aus ihren Dörfern und Städten in 32 der insgesamt 34 Landesprovinzen geflohen. Das geht aus Daten der UNO-Agentur zur Koordinierung humanitärer Hilfe (OCHA) hervor. Die meisten Vertriebenen stammen aus dem schwer umkämpften Norden

rund um die Provinz Kunduz und aus der Südprowinz Helmand. Fast zwei Drittel der innerhalb Afghanistans Vertriebenen sind Kinder. 2019 waren rund 426 000 Vertriebene registriert worden. Die meisten Familien fliehen vor Kämpfen zwischen den Taliban und Sicherheitskräften der afghanischen Regierung und vor der terroristischen Organisation «Islamischer Staat» sowie der Al Qaida. UNAMA registrierte im Jahr 2020 insgesamt 3035 getötete und 5785 verwundete Zivilisten im Afghanistankonflikt. Seit 1979 herrscht Krieg in Afghanistan, über eine Million Menschen haben dort seither ihr Leben verloren. Die 40 000 Todesopfer im Jahr 2019 machten den Krieg in Afghanistan zu demjenigen mit den meisten Todesopfern weltweit, mehr als in Syrien und im Jemen. Weltweit sind rund 2,7 Millionen afghanische Flüchtlinge registriert. Afghanische Flüchtlinge waren im Jahr 2020 der dritthöchste Anteil von Flüchtlingen in Deutschland. Auch in der Schweiz sind sie die drittgrösste Gruppe von Asylsuchenden.

Das afghanische Innenministerium machte im Dezember die Taliban für den Tod von 500 Zivilisten innerhalb dreier Monate durch 35 Selbstmordanschläge und mehr als 500 IED-Explosionen im Herbst 2020 verantwortlich. In den vergangenen Wochen und Monaten haben terroristische Anschläge auf Journalisten, Ärzte, Politiker und Menschenrechtsvertreter in den grossen Städten Afghanistans deutlich zugenommen, die meisten Attentäter werden nie gefasst. Die gesamte Familie eines Journalisten wurde getötet, der zuvor bei einem Anschlag ermordet worden war.

Friedensabkommen und Zukunft

Am 29.2.2020 vereinbarte die US-Regierung mit den Taliban ein Friedensabkommen. Die Taliban verpflichteten sich, internationalen terroristischen Gruppen wie Al Qaida keinen Rückzugsort mehr in Afghanistan zu bieten und Gespräche mit der Regierung in Kabul aufzunehmen.

Dafür sicherte die US-Regierung einen vollständigen Abzug der US-Truppen bis Mai 2021 zu. Doch heute zeigen sich die Schwächen dieses Abkommens: Die USA haben heute nur noch ca. 2500 Soldaten in Afghanistan, doch die Friedens-



Der Einsatz von US-Truppen in Afghanistan dauert mittlerweile länger als der Vietnamkrieg.



Die Taliban betonen, dass sie ein «islamisches System» als politisches Ziel haben, «frei von ausländischer Einmischung». Von den mit Billionen US-Dollar bzw. Euro unterstützten Zielen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung der Frau wird nach einem Abzug der NATO-Truppen wohl wenig übrig bleiben.

gespräche zwischen den Taliban und der Regierung haben bislang keinen Frieden gebracht, ganz im Gegenteil, seit Herbst 2020 haben sich terroristische Anschläge im Land dramatisch erhöht. Zum siebten Mal in Folge starben in einem Jahr mehr als 3000 afghanische Zivilisten an den Folgen des Krieges. Afghanistan gehört also weiterhin «zu den tödlichsten Gegenden in der Welt für Zivilisten», wie die United Nations schreiben. Ein besonders alarmierendes Signal ist nach Einschätzung der United Nations, dass die Gewalt seit Beginn der Friedensgespräche in Doha 2020 gestiegen ist, und nicht – wie erhofft – gesunken.

Das Versprechen an die Taliban, dass die westlichen Truppen Afghanistan verlassen, ist aber an Bedingungen geknüpft. Die NATO besteht darauf, dass die Friedensvereinbarung von den Taliban umgesetzt wird. Die islamistischen Taliban drohen jetzt mit «grossem Krieg», sollten nicht alle NATO-Truppen bis Mai 2021 abziehen. Die Taliban lehnen es strikt ab, dass der geplante Abzug der US-Truppen aus Afghanistan verschoben wird. «Unsere Kämpfer werden niemals einer Verlängerung zustimmen», erklärte der Taliban-Sprecher Sabiullah Mujahid Ende Februar 2021.

Ende Februar 2021 stellte die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer fest, der Stand der Friedensgespräche sei «ernüchternd», die Gefährdung durch die Taliban habe massiv zugenommen. Die deutsche Verteidigungsministerin hat sich festgelegt, dass die NATO-Truppen auch nach dem April 2021 in Afghanistan bleiben sollen. «Ohne konkrete Ergebnisse der Friedensverhandlungen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung kein Abzug der internationalen Truppen», das fordert auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Stoltenberg nannte zwei Bedingungen, die

die Taliban vor dem Abzug der NATO-Truppen erfüllen müssen: «Das wichtigste ist, dass die Taliban die Gewalt reduzieren. Und sie müssen aufhören, Terrorgruppen wie die Al Qaida zu unterstützen.»

Vieles spricht dafür, dass die NATO-Verteidigungsminister sich nicht auf einen schnellen Truppenabzug bis Ende April 2021 festlegen und Lloyd Austin, der neue US-Verteidigungsminister, hat es bis Anfang März 2021 vermieden, sich auf einen Termin für einen Truppenabzug festzulegen. Die NATO ist in der Abzugsfrage in Afghanistan in einem Dilemma. Verlassen die internationalen Truppen schnell das Land, droht weitere terroristische Gewalt. Bleiben die NATO-Truppen, drohen Racheakte der Taliban. Ein früher Abzugstermin aller westlichen Streitkräfte würde die wenigen greifbaren humanitären Erfolge aus 20 Jahren Afghanistan-Mission aufs Spiel setzen. Mit einem vollständigen Abzug der US-Truppen und ihrer NATO-Verbündeten bis Ende April 2021 ist aktuell nicht zu rechnen.

Mögliche Entwicklungen

Viele Afghanen und vor allem Afghaninnen befürchten für die Zukunft eine Regierungsbeteiligung der militanten Islamisten, die in den 1990er Jahren ein menschenverachtendes islamistisches Regime errichtet hatten. Die Taliban lehnen das formell demokratische politische System Afghanistans ab und bezeichnen die Regierung als «Marionettenregime» der USA. Die Taliban betonen, dass sie ein «islamisches System» als politisches Ziel haben, «frei von ausländischer Einmischung». Die afghanischen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden konnten trotz immenser militärischer, finanzieller und materieller Hilfe der NATO die Taliban nicht entscheidend besiegen, aber auch die Taliban sind aktuell qualitativ und quantitativ nicht stark genug, die Regierungskräfte ent-

scheidend zu schlagen, obwohl die Taliban in rund der Hälfte des Landes präsent und sehr einflussreich sind.

Allerdings sind die Taliban nicht der einzige Player für Zukunftsszenarien für Afghanistan. Die afghanischen und westlichen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden müssen schnell realisieren, dass die Strukturen des «Islamischen Staats» in Afghanistan besser aufgeklärt und analysiert werden müssen. Zahlreiche Kampfgruppen des IS agieren taktisch getrennt voneinander, nach dem Prinzip von Franchise-Terrorismus. Waheed Mozhadah, afghanischer Politikwissenschaftler und Kenner des Terrorismus in Afghanistan, durch ein islamistisches Attentat getötet, sagte kurz vor seinem Tod: «Der Krieg in Afghanistan wird sich abschwächen, aber der Konflikt und das Blutvergiessen werden nicht verschwinden.»

Der «Islamische Staat» in Afghanistan (Islamic State Khorasan Province) hat prognostisch gute Rekrutierungschancen in Afghanistan. Ein Bericht des U.S. Institute of Peace aus dem Sommer 2020 weist darauf hin, dass der IS in Afghanistan nicht nur in ländlichen, sondern auch in städtischen Gebieten Afghanistans den Boden für eine ideologische Radikalisierung bereitet. Selbst wenn es zukünftig zu einem Friedensschluss zwischen der afghanischen Nationalregierung und den Taliban kommen sollte, ist es kaum wahrscheinlich, dass diese Radikalisierung ein Ende findet. Verschiedene Berichte deuten darauf hin, dass zahlreiche Mitglieder des IS in Afghanistan der gebildeten urbanen Mittelschicht entstammen, u. a. aus der Hauptstadt Kabul.

Der mittelfristig absehbare Abzug westlicher Truppen aus Afghanistan signalisiert auch das Ende einer westlich dominierten Welt und damit der Hoffnung, dass sich nach dem Verfall des Kommunismus die liberale Demokratie weltweit durch-

setzen würde. Es sind nun andere Staaten, die aktuell weltweit militärisch intervenieren, um eigene nationale Interessen zu verfolgen. Russland, Iran, Pakistan, Indien und China bemühen sich seit einiger Zeit um Einfluss in Afghanistan. Allerdings betreiben sie kein «Nation-building» nach westlichem Vorbild sondern verfolgen geopolitische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen. Pakistan beispielsweise hat Interesse daran, die Flüchtlingszahlen in der Region zu reduzieren.

Von den mit Billionen US-Dollar bzw. Euro unterstützten Zielen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung der Frau wird nach einem Abzug der NATO-Truppen wohl wenig übrig bleiben. Michael von der Schulenburg, ein ehemaliger Diplomat der UN und OSZE, führt aus, dass «demokratische Wahlen in Afghanistan zur Farce verkommen» seien. So wurden die Ergebnisse der letzten bereits um fast zwei Jahre verschobenen Präsidentschaftswahl erst nach fünf Monaten bekannt. Danach liessen sich gleich zwei Kandidaten zum Präsidenten küren und gemessen an der Zahl aller wahlberechtigten Afghanen lag die Wahlbeteiligung bestenfalls bei zehn Prozent. Nach dieser Logik wurde Präsident Ghani von nur fünf Prozent aller möglichen Stimmen von Afghanen «wiedergewählt», was eine Verankerung demokratischer Prinzipien in Afghanistan massiv infrage stellt.

Die Taliban als eine traditionell-ländlich geprägte, von Paschtunen beherrschte Bewegung mit eher wenig Unterstützung

in den schnell wachsenden multiethnischen Städten Afghanistans wird in der Zukunft Konkurrenz vom «Islamischen Staat» bekommen. Wirtschaftlich enttäuschte und islamistisch radikalisierte junge Afghanen könnten zum IS überlaufen.

Zahlreiche Afghanen, die sich eine friedlichere, wirtschaftlich stabilere Zukunft durch den westlichen Einfluss erhofft hatten, werden perspektivisch das Land verlassen. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind schon heute Afghanen - und nicht Syrer - die grösste Gruppe der in Europa Asyl Suchenden.

Afghanistan ist massiv von Akteuren der Organisierten Kriminalität beeinflusst und wird dies nach Abzug westlicher Truppen prognostisch noch stärker sein. Afghanistan ist das grösste Drogenanbauegebiet weltweit und regionale Warlords, die Taliban und die Al Qaida zwingen die örtlichen Bauern entweder zum Anbau von Opium oder bestechen sie finanziell. Im Süden Afghanistans wird in ca. 85% der Dörfer Schlafmohn angebaut, im Westen in 50% und im Norden in ca. 30%. Der Landbevölkerung sichert der Drogenanbau ein regelmässiges und einigermaßen stabiles Einkommen. Ca. 350 000 Afghanen sollen im Anbau von Schlafmohn und der Drogenproduktion arbeiten. Die vom United Nations Office on Drugs and Crime geschätzte Anbaufläche von Opium in Afghanistan ist auf mindestens 330 000 Hektar gestiegen, was einen Umsatz von bis zu sechs Milliarden US-Dollar

jährlich bedeutet, was im Jahr 2017 bis zu 32% des afghanischen Bruttoinlandsproduktes war.

Afghanistan wird prognostisch geprägt sein von der Interaktion, Kooperation bis hin zur Fusion staatlicher und nichtstaatlicher Akteure im Bereich der Drogenproduktion und des Drogentransports aus Afghanistan heraus, darunter die Taliban und die Al Qaida. Die regionalen Warlords in Afghanistan dienen als Bindeglied zwischen den Opiumbauern und den Taliban bzw. dem Haqqani-Netzwerk und der Al Qaida, wodurch ein hybrides Netzwerk entsteht, das in den kommenden Jahren und Jahrzehnten massiven Einfluss auf die Zukunft Afghanistans haben wird.

Die regionale und transnationale organisierte Kriminalität wird massiv davon profitieren, dass Afghanistan ein «weak state» ist und ein «failed» state werden könnte. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Staatszerfall und organisierter Kriminalität sowie Islamismus und islamistischem Terrorismus (Al Qaida und IS) in Afghanistan ist evident. So dass Afghanistan in der Zukunft das werden könnte, was es bis zum 11.9.2001 war und was die NATO nach ihrer Intervention in Afghanistan immer verhindern wollte: Rückzugs- und Ruheraum sowie Rekrutierungsraum für islamistische Terroristen, ein Ort, an dem islamistische Anschläge gegen den Westen finanziert und geplant werden. Afghanistan ist bereits jetzt ein «failing state» und könnte zukünftig ein «failed state» werden. +



Die Stärke der afghanischen Armee, Polizei und anderer Sicherheitskräfte wird auf 350 000 geschätzt. Das reicht jedoch alleine nicht aus, um die Lage zu stabilisieren.



Schlafmohnfelder in Afghanistan: Die regionale und transnationale organisierte Kriminalität wird massiv davon profitieren, dass Afghanistan ein «weak state» ist und ein «failed state» werden könnte.